Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. zuschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 293. Halle, Sonnabend, den 26. Juni 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Die Regierungskrise beendet.

Die endgültige Ministerliste.

Am Freitag vormittag sind die Verhandlungen Fehrenbachs endlich so weit gediehen, daß die endgültige Ministerliste festgestellt werden konnte. Nach einem Sondertelegramm des WTB. hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Herren als Kabinettsmitglieder ernannt:

Dr. Heinze, Reichsjustizminister, betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers,
Simons, Reichsminister des Auswärtigen,
Dr. Koch, Reichsminister des Innern,
Dr. Wirth, Reichsfinanzminister,
Hermes, Reichsernährungsminister,
Giesberts, Reichspostminister,
Gröner, Reichsverkehrsminister,
Dr. Geßler, Reichswehrminister,
Dr. Scholz, Reichswirtschaftsminister,
v. Raumer, Reichsschatzminister,

Die Besetzung des Wiederaufbau-Ministeriums ist noch unbestimmt. Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden binnen kurzem abgeschlossen sein. Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents am Montag dem Reichstage vorstellen.

Damit hat das Rätselraten, das von besonders sensationslüsternen Blättern fast als Sport betrieben wurde, sein Ende erreicht. Das Bild, das wir nun sehen, entspricht ungefähr dem, worauf wir unsere Leser im Laufe der letzten Tage vorbereitet haben. Es ist kein reines Fachministerium gebildet worden, sondern es ist bei der Besetzung der Posten auch auf die Parteizugehörigkeit der Kandidaten entsprechende Rücksicht genommen und bei der Neubildung berücksichtigt worden, daß die von dem bisherigen Kabinett in Angriff genommenen Arbeiten am Wiederaufbau nicht zertrümmert werden. Die Hauptverantwortung wird, darüber müssen wir uns klar sein, bei den Demokraten liegen, die nach wie vor die Brücke zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft zu bilden haben und die daran festhalten müssen, daß nicht gegen die Sozialdemokratie regiert wird und daß die Grundlagen des demokratisch-republikanischen Staates nicht erschüttert werden. Einen leichten Stand wird die Demokratie nicht haben, aber die demokratischen Männer in der Regierung scheinen uns eine Gewähr dafür zu bieten, daß die Arbeit des Kabinetts bei einigem guten Willen aller Beteiligten ein genügend breites Fundament im Reichstage finden wird. Welche Aufgaben zu bewältigen, welche Rücksichten besonders hinsichtlich der auswärtigen Politik zu nehmen sind, darüber ist an dieser Stelle schon des öfteren gesprochen worden, sodaß wir uns versagen können, heute nochmals darauf einzugehen.

„Rum hart, klar Kimming" ist ein alter friesischer Seemannsspruch. Ihn möchten wir heute den Männern, die das Schicksal in das Steuerhaus des Reichsschiffes gestellt hat, zurufen. Ruhiges Herz, d. h. Hintanstellung des Gefühls hinter die Notwendigkeiten des realen Lebens, wenn es sich um die höchsten und einschneidensten Entscheidungen im Interesse des ganzen deutschen Volkes handelt, und klaren Blick auf die Rimm, den Horizont, um schnell und sicher zu erkennen, wo das von unserer Hoffnung ersehnte Ziel liegt. Nur eine großzügige Politik, die sich nicht durch Kleinlichkeiten vom als richtig erkannten oder in eingehenden sachlichen Erwägungen und Ueberlegungen richtig berechneten Kurs abringen läßt, kann uns aus den gegenwärtigen Wirrnissen wieder auf den Weng führen, den wir alle wollen:

Vorwärts und Aufwärts!

⊙

Weitere Meldungen zur Kabinettsbildung.

WTB. Berlin, 25. Juni. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters im Aeltestenrat des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag dieses Tages wird dann in einer erst anberaumten Sitzung Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag, erst am Mittwoch weitergeführt wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 6. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

WTB. Berlin, 25. Juni. Die „B. Z." hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmitgliede Pfarrer Dr. Braun angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Böhm in München, dem Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, der der deutschen Volkspartei angehört.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung. Berlin. Freitag, 25. Juni.

Haus und Tribünen weisen eine ähnliche Fülle wie am gestrigen Tage auf. Die Ministerbänke sind auf der rechten Seite ganz leer, auf der linken Seite weisen sie große Lücken auf. Als Schriftführer waltet heute Fischer (Soz.) seines Amtes, der gestern dem Rufe des Alterspräsidenten wegen vorübergehender Abwesenheit nicht Folge leisten konnte.

Alterspräsident **Rieke** eröffnet die Sitzung und läßt die dem Hause zugegangenen Eingänge verlesen, darunter bereits einige Interpellationen. Er verliest sodann die für die Wahl des Reichstagspräsidenten maßgebenden Bestimmungen. Die Wahl geht recht langsam vor sich. Das Haus gleicht während derselben einem aufgeregten Bienenschwarm.

Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abg. **Loebe** (Soz.) mit 394 von insgesamt 420 Stimmen. Auf Anfrage des Alterspräsidenten Rieke erklärte sich Abg. Loebe bereit, das Amt anzunehmen und nimmt den Präsidentensitz ein.

Präsident **Loebe** dankt dem Hause für die große Ehre, die ihm durch Uebertragung dieses Amtes geworden sei. Die Rechte, die der Reichstag durch die neue Verfassung erfahren hat, zu wahren, werde seine Hauptaufgabe sein. Die großen Schwierigkeiten, die uns der Krieg hinterlassen habe, würden hier im Hause noch oft ihren Wiederhall finden, wie überhaupt ein engeres Zusammenschmiegen der Ansichten gar keine unmögliche Forderung sei. Hätten doch sofort die äußerste Rechte und die äußerste Linke sich wiederholt zusammengefunden (Zustimmung [illegible] den Unabhängigen), wenn es gegolten habe, äußerste Not zu lindern. (Heiterkeit und Bravorufe.) Der Präsident erwähnt sodann die Verdienste Fehrenbachs, der ihm ein leuchtendes Vorbild sein werde.

Das Haus schreitet sodann zur Wahl des 1. Vizepräsidenten. Parteigemäß hat hierauf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den Anspruch; sie hat den Abg. Dittmann aufgestellt. Die Wahl vollzieht sich in derselben Form wie bei der Präsidentenwahl. Insgesamt waren 397 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf den Namen Dittmann 236 Stimmen, er ist somit gewählt und nimmt die Wahl an. 156 Stimmen blieben weiß, 5 Stimmen zersplittert.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. **Lebebour** (U. S.): Zwischen den Fraktionen sei die Abmachung getroffen worden, geschlossen für die vorgeschlagenen Kandidaten einzutreten, ganz gleich welcher Partei sie angehören. Da den unabhängigen Kandidaten diese Abmachung nicht eingehalten worden sei, werden auch sie sich nicht mehr daran gebunden erachten.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Dntl.) bestreitet, daß solche Abmachung getroffen sei.

Abg. **Geyer** (U. S.) bestätigt, daß diese Abmachung getroffen sei und lediglich von den Kollegen des Abg. Schulz durchbrochen sei, die andere Dinge vorhätten.

Das Haus schreitet zur Wahl des 2. Vizepräsidenten, für den der Abg. Bell (Ztr.) in Vorschlag gebracht ist.

Die Abstimmung ergibt, daß 367 Abgeordnete an der Wahl teilgenommen haben. 8 Stimmzettel sind weiß, 356 lauten auf den Abg. Dr. Bell, der somit gewählt wird und die Wahl annimmt. Je ein Stimmzettel lautet auf Becker-Essen, Erzberger und Noske (Heiterkeit).

Für den 3. Vizepräsidenten ist der Abg. Dietrich (Dntl) in Vorschlag gebracht. An der Abstimmung haben 348 Abgeordnete teilgenommen. 83 Stimmzettel sind weiß. Abg. Dietrich wird mit 260 Stimmen gewählt. Je eine Stimme entfällt auf von Gräfe, Frau Zietz, Frau Zetkin, Dr Bell und Dr. Helfferich.

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vpt.) schlägt vor, die noch ausstehenden Schriftführerwahlen durch Zuruf zu erledigen.

Abg. **Lebebour** (U. S.) widerspricht. Seine Partei habe seinerzeit das Angebot gemacht alle Wahlen en bloc vorzunehmen, ihm habe die Rechte widersprochen.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Dntl.) betont, seine Partei habe keine Demonstration ausüben wollen, sondern lediglich der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die von den Unabhängigen vorgeschlagenen Persönlichkeiten nicht die rechten seien.

Abg. **Lebebour** (U. S.): Wenn die Deutschnationalen erst heute mit ihren Bedenken herausgekommen seien, so müßte er dies Verhalten als hinterhältig bezeichnen. (Unruhe.)

Präsident **Loebe** rügt den Ausdruck hinterhältig.

Die Wahl der acht Schriftführer erfolgt nunmehr nach der bisherigen Art, aber in einem einzelnen Wahlgang.

Als Schriftführer werden gewählt die Abgeordneten: Fischer (Soz.), Frau Schuch (Soz.), Frau Agnes (U. S.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Malkewitz (Dn.), Kempkes (D. Vpt.), Beuermann (D. Vpt.), Heile (Dem.).

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. **Lebebour** (U. S.) einen Antrag seiner Partei, die gegen den Abg. Mittwoch verhängte Festungsstrafe aufzuheben. Er wolle nicht auf den sachlichen Inhalt eingehen, betone aber auch so die Dringlichkeit.

Der Präsident erklärt das für möglich, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) beantragt Ueberweisung des Antrages Lebebour an die schleunigst zu bildende Geschäftsordnungskommission.

Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag vormittag 11 Uhr. Entgegennahme einer Regierungserklärung außerdem mehrere Interpellationen.

Schluß 3/4 7 Uhr.

Streiks und Unruhen.

WTB. Mainz, 25. Juni. Am hiesigen Obstgroßmarkt herrschte heute eine erregte Stimmung. Die Polizei kontrollierte die Preise, außerdem erzwang eine große Menge von Arbeitern eine Ermäßigung der Verkaufspreise auf einem bisher noch nicht dagewesenen Stand. Kirschen wurden für 60 Pfennig bis 1 Mark angeboten, Erdbeeren wurden zu 1.50 bis 3 Mk. verkauft.

WTB. Bremen, 25. Juni. Die Lage hinsichtlich der Lebensmittelunruhen hat sich wesentlich gebessert. Zu Schießereien ist es heute bis zur Stunde nicht gekommen.

WTB. Oldenburg, 25. Juni. Heute morgen versammelte sich eine große nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem Pferdemarkt und zog von dort gruppenweise durch die Geschäfte und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhwaren und Konfektionssachen um ein Drittel herabzusetzen. Eine Kontrollkommission werde in kurzer Zeit die Geschäfte wieder kontrollieren [illegible] Forderung nicht [illegible] sein. Der Zug bewegte sich bis zum Marktplatz, wo in Ansprachen zur Ruhe und Ordnung aufgefordert wurde und wobei betont wurde, daß sich diese Demonstration nicht gegen den Lohnabzug und auch nicht gegen die Reichswehr und gegen die Sicherheitspolizei, sondern lediglich gegen die Wucherpreise richte. Man verhandelt heute mit dem Magistrat und mit dem Ministerium zwecks eventueller Festsetzung der Preise. Sollte bis morgen keine Herabsetzung der Preise erfolgt sein, dann soll in den Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

Die Neuregelung der evangelischen Kirche.

Ein Entwurf, betreffend die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche, ist der Landesversammlung zugegangen. Die von der Generalsynode beschlossenen kirchlichen Gemeindewahl-, Verfassungs- und Kirchenregimentsgesetze werden durch dieses Gesetz staatsrechtlich bestätigt. Die neuen Kirchengesetze bezwecken die Neuregelung der Kirchenverfassung vorzubereiten, die endgültig durch eine besondere verfassunggebende Kirchenversammlung später erfolgen soll. Diese Kirchenversammlung besteht zu einem Drittel aus Geistlichen, zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Landeskirche ohne Unterschied des Geschlechts. Das Gemeindewahlgesetz berücksichtigt die allgemein als notwendig erkannten Wünsche auf Aenderung des bisherigen Wahlrechts. Das Kirchengesetz, betreffend Ausübung des Kirchenregiments, schafft ein besonderes kirchliches Organ, den evangelischen Landeskirchenausschuß, der aus Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand besteht. Der Uebergang des landesherrlichen Kirchenregiments auf den Landeskirchenausschuß soll mit dem Zusammentritt der verfassunggebenden Kirchenversammlung erfolgen.

Der Evangelische Pressverband berichtet: Der Evangelisch-soziale Kongreß ist in Berlin, wo er vor 30 Jahren gegründet wurde, unter zahlreicher Teilnahme aller Kreise auch von auswärts eröffnet worden. Der Vorsitzende, Professor Dr. Baumgarten, wies in seiner Eröffnungsansprache auf den Ausgangspunkt der Kongreßarbeit hin. Wir wollten die soziale Erneuerung der Kirche und die kirchliche Erneuerung des Sozialismus. Es ist inzwischen ein Sozialismus zur Geltung gekommen, der durchaus etwas anderes ist, als was wir gewünscht haben, und das Urteil der alten Kongreßmitglieder ist gespalten. Aber die Aufgabe bleibt auch heute noch: Die sozialen Zustände vorurteilslos zu prüfen und den evangelischen Gedanken im Volksleben fruchtbar zu machen. Je schwerer es den Alten wird, sich in die neuen Verhältnisse zu schicken, um so mehr muß die Jugend in die Arbeit des Kongresses hineingezogen werden, damit alle, die nur überhaupt evangelisch und sozial denken, zu welcher Partei sie auch gehören mögen, das alte Evangelium mit neuer Kraft und neuer Arbeit erfüllen helfen. Prof. Dr. Baumgarten sagt, daß die heutige Tagung ein Ausgangspunkt sei, zu neuem Kampf für das ewige und doch ewig neue Evangelium der Liebe Christi. — Es folgte danach der erste Vortrag von Lic. Dr. Rohrbach über das soziale Evangelium im neuen Deutschland.

Neue französische Repressalien.

WTB. Mannheim, 24. Juni. Der bayrische Militärfiskus hat im Jahre 1912/14 etwa vier Kilometer von der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200626012/fragment/page=0001

Stadt Kaiserslautern entfernt einen etwa 300 Hektar großen Exerzier- und Flugplatz nach den neuesten Erfahrungen angelegt. Jetzt verlangen die Franzosen auf den unmittelbar benachbarten Bezirken der Gemeinden Neukirchen, Mehlingen, Sembach zu gleichem Zweck 1000 Morgen bestes Wiesenland. Alle Vorstellungen und Bitten wurden abgelehnt.

Zwei neue Verfügungen für Oberschlesien.

Oppeln, 24. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Die Interalliierte Kommission hat für das oberschlesische Abstimmungsgebiet zwei neue Verfügungen erlassen, die erste genehmigt öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen, verbietet dagegen politische Versammlungen unter freiem Himmel, das Anbringen nationaler Fahnen, Tragen nationaler Abzeichen und das Singen patriotischer Hymnen und Lieder. Die zweite Verordnung verpflichtet die Zeitungen und Zeitschriften zur Aufnahme von Mitteilungen der interalliierten Kommission. Dem Direktor des Departements des Inneren wurde die Befugnis erteilt, Zeitungen und Zeitschriften zu verbieten und gegebenenfalls ihre Einführung ins Abstimmungsgebiet zu untersagen.

Was will Herr Kopp?

Seit über einem Jahre befindet sich auch ein Vertreter der Sowjetrepublik Rußland in Berlin. Ursprünglich war er als Nachfolger Joffes gedacht, als diesem Anfang vergangenen Jahres der Boden im Reiche zu heiß wurde. Schon damals wurden gewisse Zusammenhänge zwischen einer offiziellen Tätigkeit als Botschafter in seinem Palais Unter den Linden und der bolschewistischen Verseuchung der deutschen Arbeiterschaft konstruiert. Trotzdem der Friedenszustand zwischen Deutschland und Rußland seit der Aufhebung des Friedens zu Brest-Litowsk noch nicht wiederhergestellt worden ist, tut die russische Regierung so, als ob zwischen den beiden Staaten alles in bester Ordnung sei. Der amtliche Auftrag Wigdor Kopps beruhte erheblich darauf, die Unterlagen zu studieren, die geeignet seien, ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen der deutschen Republik und der Räterepublik herbeizuführen. Aus diesem Grunde ist von deutscher Regierungsseite gegen einen Aufenthalt Kopps, der an sich völkerrechtlich durchaus unzulässig ist, nichts eingewendet worden. Würde sich der sowjetistische Vertreter auf diese Aufgabe, die auch Krassin in London zugewiesen worden ist, beschränken, ließe sich nur wenig dagegen einwenden. Leider scheinen aber die Dinge nicht so harmlos zu liegen. Wie die bürgerliche Presse in Berlin behauptet, sollen geheime Beratungen zwischen Kopp einerseits und kommunistischen-unabhängigen Führern andererseits stattgefunden haben, die sich mit der Organisation eines Linksputsches zwecks Umsturzes der bestehenden Staatsordnung befaßten. Ganz abgesehen davon, daß der Staatskommissar erklärt, Kopp treibe zweifellos bolschewistische Propaganda, ist diese Tatsache ohnehin schon deutlich erkennbar. Vor einigen Tagen bereits haben Zusammenkünfte Crispiens, Dr. Cohens, Dr. Thalheims und Dr. Levis und Kopp in seiner Privatwohnung stattgefunden. Darüber schweigt die „Freiheit". Dagegen regt sie sich darüber auf, daß der Staatskommissar für öffentliche Ordnung den Blättern Material über die bolschewistischen Pläne zur Verfügung gestellt habe, was vom Staatskommissar entschieden bestritten wird. Wer recht hat, läßt sich vorläufig nicht feststellen, ist aber ganz nebensächlich. Fest steht jedenfalls, daß Herr Wigdor Kopp seine amtliche Stellung zur Und anderen hochverräterischen Umtrieben anzustiften. Es ist durchaus nicht unvorsichtig und gefährlich, eine solche Behauptung aufzustellen, denn wenn man sich die Persönlichkeiten ansieht, die an den Beratungen mit Kopp teilgenommen haben und täglich bei ihm verkehren, — vor allen Dingen gehören Levi und Thalheim dazu, dieselben Größen, die seinerzeit im Mittelpunkt der kommunistischen Umtriebe in München standen — dann sind die Ziele klar. Hinzukommt, daß die Unabhängigen durch ihre Abstinenz dem Parlamentarismus eine solche Verachtung bezeigt haben, die ihre weitergehenden, auf das Chaos hinarbeitenden Absichten deutlich genug enthüllen. Das ist bei der bekannten grundsätzlichen Stellung der Kommunisten, die ohne Gewalt nicht leben können, verständlich. Dagegen ist nicht verständlich, warum die deutsche Regierung Herrn Kopp unter diesen Umständen noch einen Tag länger im Lande duldet, warum sie ihn nicht schon längst Arelrod und Radek nachgeschickt ist. Wenn sich die Regierung nicht einmal zu dieser Tat aufraffen kann, die eine Selbstverständlichkeit ist, dann sieht es, von der Demokratie ganz abgesehen, bitter traurig aus um die Zukunft des Reiches.

Deutsches Reich.

Aufhebung der sächsischen Arbeiter- und Soldatenräte. Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, alle Bestimmungen, die die Arbeiter- und Soldatenräte betreffen, außer Kraft zu setzen. Eine geldliche Entschädigung wird nur für die bis zum 21. Juni ordnungsmäßig ausgeübte Tätigkeit gewährt.

Auffindung der Leiche des Redakteurs Schottländer. Die Leiche des seit den Putschtagen vermißten Redakteurs der unabhängigen schlesischen Arbeiterzeitung Bernhard Schottländer ist am Mittwoch vormittag bei Breslau aus der Oder gefischt worden. Schottländer, über dessen Verschwinden bisher völliges Dunkel lag, war am 13. März in militärische Sicherheitshaft genommen und in ein Gefängnis gebracht worden. Von dort wurde er in der Nacht zum 16. März von 3 Soldaten im Kraftwagen zu einer Vernehmung nach dem Generalkommando abgeholt. Die Soldaten zeigten einen gefälschten Auslieferungsbefehl vor. Seitdem fehlte jede Spur von Schottländer. Für den Nachweis seines Aufenthaltes oder Verbleibes wurde eine Belohnung von 15.000 Mk ausgesetzt. Die Leiche, die bereits stark in Verwesung übergegangen war, weist außer einer Schußverletzung an der Hand keinerlei besondere Merkmale auf.

Der Kohlenstreit Deutschlands mit der Tschecho-Slowakei kann, wie V. Z. aus Prag meldet, als beigelegt gelten, da die Verhandlungen des tschechischen Arbeitsministers Dr. Vrbensky mit dem deutschen Delegierten Dr. v. Stockhammer zu einer beide Teile befriedigenden Einigung geführt haben. Die Austauschquote der deutschen Steinkohle wird im Verhältnis zur tschechischen Braunkohle erhöht werden. Dagegen verpflichtet sich die Tschecho-Slowakei auf eine bessere Qualität der von ihr gelieferten Braunkohle zu achten. Nach der endgültigen Formulierung einer wenig wesentlicher Einzelheiten des Vertrages und der Ratifizierung durch beide Regierungen sollen die Kohlenlieferungen noch im Laufe dieser Woche wieder aufgenommen werden.

Erzberger-Helfferich. Im Helfferich-Prozeß haben sowohl Dr. Helfferich wie Herr Erzberger Revision gegen das noch nicht rechtskräftig gewordene Urteil eingelegt. Da Dr. Helfferich inzwischen zum Abgeordneten gewählt wurde, ist zur Fortsetzung des Verfahrens gegen ihn die Zustimmung des Reichstages notwendig. Sie dürfte aber erteilt werden, da in einem analogen Falle so verfahren wurde. Herr Erzberger wird, wie die „Germania" mitteilt, während der Sommermonate dem Reichstage aus gesundheitlichen Rücksichten fern bleiben. Wenn der frühere Reichsfinanzminister von einer Revision des Prozesses eine Besserung seines Gesundheitszustandes erwartet, dann dürfte er eine Enttäuschung erfahren.

Ausland.

Staatskanzler Dr. Renner vermittelt im Boykott gegen Ungarn.

Wien, 25. Juni (Eigene Drahtnachricht.) In der [illegible] ist heute eine Wendung eingetreten, indem Staatskanzler Dr. Renner die Vermittlung zwischen Ungarn und dem internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam übernommen hat. Wie offiziell mitgeteilt wird, treffen am Sonnabend abend drei Delegierte des internationalen Gewerkschaftsbundes in Wien ein, um unter Vermittlung Dr. Renners mit den Vertretern der ungarischen Regierung eine Aussprache zu haben. Auf der Ostbahn ist heute ein beschränkter Verkehr wieder aufgenommen worden, und zwar hat die Arbeiterschaft allein die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen haben die Beamten, die früher gegen den Streik waren, die Arbeitsstätte verlassen. Sie stehen nach wie auf dem Standpunkt, daß sie zur Durchführung des Boykotts nicht gezwungen werden können. Da sich aber die Arbeiterschaft nur unter den Umständen wieder zur Aufnahme der Arbeit bereit erklärt hat, falls der Boykott in uneingeschränktem Maße durchgeführt wird, sehen sich die Beamten zu dem oben genannten Beschluß genötigt.

Giolittis Programmrede.

Rom, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Bei der heutigen Sitzung der italienischen Kammer hielt Giolitti seine Antrittsrede. Er begann seine Ausführungen, indem er erklärte, sich nach Erfüllung seiner Pflicht wieder ins Privatleben zurückziehen zu wollen. Alsdann führte er in bezug auf die äußere Politik aus, daß es sein Hauptbestreben sein werde, Europa den völligen Frieden zu sichern. Er werde bemüht bleiben, das gute Einvernehmen zwischen Italien und dem Verbande zu fördern. Voraussetzung hierfür sei aber, daß auch die Entente nicht die von Italien gebrachten großen Opfer vergesse. Ein wichtiger Punkt in der künftigen Außenpolitik Italiens sei auch die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den anderen Völkern, speziell zu Rußland. Diesen Worten folgte ein langanhaltender Beifall. Es soll eine parlamentarische Kontrollkommission eingesetzt werden, der künftighin alle wichtigen Dokumente ausgehändigt werden müssen. Ebenso werde fortan das Parlament und nicht mehr der König über Krieg und Frieden entscheiden. Auch die Beamten werden vom Parlament ernannt werden. Giolitti entwickelte alsdann ein radikales Finanzprogramm und stellte die Verschärfung aller Steuern, unter anderem auch der Luxussteuer in Aussicht. Ferner besprach er strenge Bestrafung des wucherischen Zwischenhandels. Am Schlusse seiner Rede richtete Giolitti seinen begeisterten Appell an das italienische Volk und an die Beamten und forderte alle auf, durch strengste Pflichterfüllung am Wiederaufbau Italiens mitzuarbeiten. Die Sozialisten versuchten die Rede durch Zwischenrufe und Lärm zu stören, wurden aber durch den immer wieder einsetzenden Beifall übertönt. Als sie am Schluß von Giolittis Ausführungen „und Albanien?" dazwischen riefen, erklärte Giolitti, Italien wolle nicht das Protektorat über Albanien beibehalten, sondern fordere nur die Unabhängigkeit Albaniens, worauf sich langanhaltender Beifall erhob. Für die Diskussion der Regierungserklärungen haben sich bereits über achtzig Abgeordnete gemeldet. Der „Avanti" kündigt eine scharfe Opposition der sozialistischen Kammergruppe, besonders nach den Vorfällen in Mailand an.

Die Frage der Alandsinseln.

London, 24. Juni. Reuter. Die britische Regierung hat den Völkerbundsrat gebeten, sich mit der Frage der Oberherrschaft über die Alandsinseln zu befassen, da der Oberste Rat sich nicht damit beschäftigen könne. Der Völkerbundsrat werde bald zusammentreten, um über die Frage zu beraten.

Ein englisches Urteil über den Bolschewismus.

WTB. Amsterdam, 24. Juni. Der Korrespondent der „Times" in Stockholm hatte eine Unterredung mit Frau Snowden und Dr. Quelt, zwei Mitgliedern der englischen Arbeiterdelegation, die sich nach ihrem Besuch in Rußland auf der Rückreise nach England befinden. Frau Snowden erklärte: Ich komme mit der festen Ueberzeugung zurück, daß wir hier von dem Bolschewismus nicht zu lernen und durch ihn nichts zu gewinnen haben. England ist ein sehr konservatives Land. Der Arbeiter hat dort bessere Aussichten als er jemals in Rußland unter den Bolschewisten erlangen wird.

Die Kämpfe in Irland.

WTB. Amsterdam, 25. Juni. Militär und Polizei in Irland sind von der Regierung angewiesen worden, im Falle von Angriffen die Angreifer wie Feinde im Felde zu behandeln.

WTB. Paris, 25. Juni. Wie der „Petit Parisien" berichtet, hat auf der Arbeiterkonferenz in Scarborough bei der Erörterung der irischen Frage der bekannte sozialistische Theoretiker Sidney Webb eine Reihe von Entschließungen eingebracht, die die sofortige Absonderung Irlands von England verlangen. Ferner fordert Irland die politische Unabhängigkeit, den Rückzug der englischen Truppen und die Abberufung der englischen Beamten aus Dublin.

Der Kampf gegen die türkischen Nationalisten.

Paris, 24. Juni. Nach einer Meldung, die die griechische Gesandtschaft dem „Journal des Débats" übermittelt, nehmen die gestern von der griechischen Armee gegen

Sommerliche Kinderspiele.

(Jugendfreuden einst und jetzt.)

Es ist eigentlich seltsam: so sehr sich die Welt im Laufe der Jahrhunderte gewandelt hat, und so verschiedenartig unsere Neigungen und Anschauungen heute von denen unserer Vorfahren sind, im sommerlichen Kinderspiel ist alles beim Alten geblieben. Heute wie ehedem spielt man Ball, kegelt man, treibt man den Reif, man hascht einander, schaukelt, spielt Blindekuh, bläst Seifenblasen, läuft auf Stelzen, spielt Versstecken, springt Bock, tanzt Reigen, spielt Murmeln, treibt den Kreisel — doch wer kennt sie alle, die so zahlreichen Spiele unserer Kleinen! Und auch etwas, das man so gern als eine Errungenschaft der Neuzeit anzusehen geneigt ist, die Pfadfinderei, war schon unseren Urahnen bekannt. Doch wenn auch das Spielproblem immer das gleiche geblieben ist, eine jede Zeit mußte diesem Zeitvertreib einen eigenen Reiz abzugewinnen, und es ist zugleich interessant und amüsant, die alten Chroniken, die Memoiren und all die Bücher, die uns von dem Leben unserer Vorfahren berichten, auf die Nachrichten durchzustöbern, die uns von der Art und Weise des Kinderspiels erzählen.

Um vorerst gar nicht einmal so weit zurückzugehen, sei erwähnt, was Frau Rat Goethe an ihre Enkel in Weimar schrieb: „Wenn ich bei Euch wäre, lernte ich Euch allerlei Spiele, als Vögelverkaufen, Tuchdiebes, Potzschimber und noch vieles andere." Just so gern wie heute spielten auch ehedem die kleinen Mädchen „Kochen" und „Verkaufen" im Freien. Geiler von Kaysersberg verdanken wir darüber folgende hübsche Kunde: „Da die Kind Gesetterlin mit einander, da machen sie Saffran und das ist gefärbte Wurz, das ist Süßwurz, das ist Ingwer, und ist alles aus einem Ziegel gerieben und ist Ziegelmehl; und machen Häslein und kochen, und wenn es Nacht wird, so ist es alles nit und stoßen es um." Das ist überhaupt mehrfach erwähnt, daß den Kindern das Spielzeug, daß sie sich selbst bereiten, in seiner Einfachheit weit größere Freude und besseren Spaß bereitete als kostbarer Tand und raffinierter Erfindung oder wertvoller Ausstattung. In mittelhochdeutschen Dichtungen wird erzählt, wie sich der Jesuknabe Weiherlein im Sande baute, und wie er mit andern Knaben Vöglein aus Lehm knetete. Der große mittelalterliche Gelehrte Thomas Platter, dessen Wiege in der Schweiz gestanden hat, berichtet, wie er als Geishirt mit einem jungen Mädchen auf den Bergen gespielt, und wie sie „Mättlin" gemacht und die bewässert hätten, „wie Kind thunt". Sie waren so eifrig bei diesem Spiel, daß sie gar nicht bemerkten, daß ihnen ihre Geisen auf den Berg gingen.

Aber nicht nur die Lehmkneterei, sondern auch der Burgenbau im Sande, der heute das Lieblingsspiel unserer Kleinen am Meeresstrande ist, vertrieb unseren Altvordern in ihrer Jugend die Zeit. So schreibt — alle diese Zeugnisse gibt Hans Boesch in seiner ausgezeichneten Monographie „Kinderleben in der deutschen Vergangenheit" wieder — der Basler Ratsherr Andreas Ryff, der um 1550 geboren wurde, daß er im Alter von fünf bis sechs Jahren eine besondere Lust zum Bauen gehabt habe: „Dann wo ich ein Häufchen Sand oder Grund auf den Gassen gewußt, dabei hat man mich funden, daß ich diese Löcher gegraben und mit Steinen hohe Türme, Häuser und Mauer gebauen hab; bin mit Kalk und Lehm gern umgangen. Ob gleichwohl dick und oft ich darum geschlagen worden, hat es mir doch nit erleiden möllen, welches mir doch noch auf diesen Tag geliebet." Felix Platter, der nicht minder berühmte Sohn des obenerwähnten Thomas Platter, erzählt, daß er sich kleine Schiffslein von Holz, wohl von Rinde, gemacht habe, diese im Brunnentrog habe fahren lassen und in seiner lebhaften Phantasie sich eingebildet habe, er fahre nun über das Meer.

Doch vor allem wurde zu allen Zeiten Soldaten und Krieg gespielt, wobei die politischen Ereignisse der Zeit ihren Einfluß ausübten. Zu Freiburg im Uechtland forderte sich die deutsche und französische Jugend mit den Zurufen „Aleman" und „Roman" gegenseitig heraus und lieferte sich förmliche Schlachten, wogegen der Rat 1499 energisch einschritt. Zur Zeit des Bauernkrieges haben, wie Hermann von Weinsberg meldet, die Kinder und Schüler zu Köln allenthalben auch gekriegt, sich geschlagen und bekämpft wie die jungen Hähne, die von St. Jakob mit denen von St. Johann, die von Marien mit denen von St. Marien. Ihn hätten die Buben wider seinen Willen in den Krieg hineingezogen, ihn bei den Haaren gezupft, wofür er zwei zugleich in den Bach gestoßen habe, daß sie schier ersoffen wären. In Georg Wickrams Goldfaden von 1575 wird ein Gefecht beschrieben, welches der junge Leufried und seine Schulkameraden mit anderen Knaben hatten, wobei sie sich hölzerner Schwerter und der Brustharnische von Baumrinde bedienten. Als Geschoß dienten Erdklöße. Auch mit Armbrüsten und Bogen schossen die jungen Krieger, ebenso mit dem Blasrohr. Michael Behaim in Nürnberg kaufte 1500 seinem neunjährigen Sohne Friedlein ein solches und dazu dreihundert Kugeln. Am Pfeffertag oder an Genorgie hielten die Schulbuben zu Vaihingen in Württemberg bis zum Jahre 1808 einen Festtag. Die Truppen waren in Gemningsche und Schertelsche geteilt. Mit hölzernen Säbeln fochten sie hart miteinander, um schließlich durch Wein und Wecken erquickt zu werden. Uhland erzählt, daß in seiner Knabenzeit sich die Kinder als Franzosen und Oesterreicher gegenüber standen, er aber immer gegen die Welscherei Partei genommen habe. So wurden auch einst in der Schweiz die kriegerischen Spiele der Knaben unterstützt und in bestimmte Bahnen gelenkt. Die Behörden ließen den jungen Kriegern Armbrüste und setzten Preise aus. In Zürich waren für die Sieger im Ringeleinstechen, das durch kleinere Knaben abgehalten ward, ebenfalls Preise ausgesetzt. Allerdings gab es auch Leute, die das „Soldätisthun" der Kinder als ein böses Vorzeichen eines wirklichen Krieges ansahen.

Natürlich waren die Kinder bei ihrem Spiel mit Herz und Hand, mit Körper und Geist dabei, und alle ihre Sinne waren von ihm gefangen. Kein Wunder, wenn die Kleinen damals schon die guten Ermahnungen der Eltern vergaßen, und manch eines, das mit zerrissenen Kleidern oder blutnden Kopf nach Hause kam, hat Schelte und Schläge erhalten. So kam es, daß nicht selten der Krieg im Freien durch den Krieg im Hause beschlossen wurde, bei welchem man aber schon genau im Voraus wußte, wer geschlagen wurde. Hermann von Weinsberg hat's am eigenen Leibe erfahren. Als er die Schüler auf der Straße spielen sah, warf er sein Röcklein — es war noch dazu ein „hübsch leinen Chorröcklein" zwischen die „Gadder und Dur", in der Meinung, es sei hier gut verwahrt. Als er aber nach Hause kam, da war das Röcklein gestohlen, und der Vater prägte ihm sehr handgreiflich ein, ein andermal sorgsamer zu sein.

M. L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200626012/fragment/page=0002

Mustapha Kemal begonnenen Operationen einen günstigen Verlauf.

„Daily Mail" meldet, infolge der ernsten Auffassung, welche die militärischen Behörden über die Lage im nahen und mittleren Osten hegen, hat das Kriegsamt in London einen Aufruf an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve von 15 000 bis 20 000 Mann wird für erforderlich gehalten.

Die „Times" bringen in einer Konstantinopeler Meldung einen Bericht über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustapha Kemal. In dieser Sitzung wurde England als Erzfeind der Türkei erklärt und beschlossen, daß die Nationalisten sich dem türkischen Friedensvertrag bis zum letzten Atemzug widersetzen.

Unabhängigkeitsbewegung in Tunis.

WTB. **Genf**, 24. Juni. In Tunis haben die Genossenschaften der Eingeborenen in erster Linie die maurische und jüdische Bevölkerung während der letzten Tage dem Bey Petitionen überreicht, in denen sie unter Hinweis auf die großen Opfer, die sie im Kriege gebracht hätten, den Erlaß einer Verfassung und eine Neuregelung des Grundbesitzes verlangen. Die französische Regierung hat gegenüber dieser Unabhängigkeitsbewegung Strafmaßnahmen eingeleitet, ähnlich wie sie es in Frankreich gegenüber den Arbeiter-Gewerkschaften getan hat.

Halle und Umgegend.

Halle den 26. Juni 1920.

Das Pfund Kirschen 75 Pfg.

Billige Kirschen für die Einwohner des Saalkreises.

Man schreibt uns: Den Einwohnern des Saalkreises werden dieses Jahr von ihrer Kreisverwaltung Kirschen zu 75 Pf. für das Pfund geliefert. Der Kreisausschuß ist der Anregung des Landrates gefolgt und hat von einer Verpachtung der Kirschnutzung an den Kreisstraßen abgesehen. Nachdem die zu erwartende Kirschenernte abgeschätzt und die Menge von den Obstern anerkannt werden war, ist den letzteren die Abernung übertragen worden. Sie erhalten für jeden Zentner Kirschen 40 Mark zur Bestreitung der Pflückerlöhne, der Stellung der Geräte, der Bewachung usw. und müssen 90 Prozent der abgeschätzten Menge abliefern. Die übrigen 10 Prozent bleiben den Obstern zur freien Verfügung; sie haben dafür 45 Mark für den Zentner an den Kreis zu zahlen. Zur Sicherung der Ablieferung der 90 Prozent haben die Obster 100 Mark für den Zentner hinterlegen müssen. Jede Gemeinde, die nicht eigene Kirschenanlagen besitzt, bekommt ihrer Kopfzahl nach Kirschen zugewiesen. Bis jetzt hat sich der Geschäftsgang glatt abgewickelt.

Mit Verwertung der Pflaumen, Birnen und Aepfel soll in gleicher Weise verfahren werden. Die Obster können bei dieser Methode zwar nicht mehr die zum Teil geradezu phantastisch hohen Gewinne erzielen wie früher, aber sie kommen recht wohl auf ihre Kosten, und die Konsumenten fahren gut dabei. Und das ist doch wohl die Hauptsache.

Heilnahrung für Säuglinge.

Von Kinderärzten ist bemängelt worden, daß Anträge auf „Löffslunds Malzextrakt" zur Bereitung von Heilnahrung für Säuglinge nicht ohne weiteres berücksichtigt würden und daß das Stadternährungsamt versucht habe, die vorhandenen knappen Vorräte zu streden. In Zukunft wird das Stadternährungsamt „Löffslunds Malzextrakt", wenn ausdrücklich von Kinderärzten als „Heilnahrung für Säuglinge" verordnet wird, in den beantragten Mengen abgeben. Es wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß vermutlich in vier bis fünf Wochen der vorhandene Vorrat an Malzextrakt erschöpft sein wird, wenn eben so viel, wie bisher, verordnet wird. Deshalb wird im Interesse der gefährdeten Säuglinge gebeten, die Verordnung von Malzextrakt als Heilnahrung auf ganz dringende Fälle zu beschränken.

Die neuen Seifenpreise. Aus Berlin wird uns amtlich mitgeteilt: Die Seifen-Herstellungs- und Vertriebs-Gesellschaft gibt bekannt: Die mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten Preise für feithaltige Waschmittel betragen bis auf weiteres: 1 Stück reine Kernseife 5 Mk., 1 Doppelstück reine Kernseife 10 Mk., 1 Stück reine Feinseife 5 Mk., 1 Stück Rasierseife 2.50 Mk., 1 Stück K.A.-Seife 3.50 Mk., ½-Pfd.-Paket Seifenpulver 3.50 Mk., 1-Pfd.-Paket Seifenpulver 7 Mk. Diese Preise sind Höchstpreise. Die Seifen und Seifenpulverpakete werden mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums ohne Preisaufdruck hergestellt.

Der Vorsitzende des früheren Vollzugsrats Landsberg, Otto Kilian, dessen Haftentlassung, wie in unserem Parlamentsbericht im Freitag morgen mitgeteilt war, der Landtag beschlossen hatte, ist bereits am Donnerstag abend aus dem Gefängnis entlassen worden. Er hat 1¼ Jahr in Haft gesessen; verurteilt ist er zu 5 Jahren Gefängnis. Im Volkspark veranstaltete ihm gestern abend die Unabhängige Sozialdemokratie eine Begrüßungsfeier.

Predigt-Anzeigen.

4. Sonntag nach Trinitatis, 27. Juni.

(Sammlung für das St. Elisabethstift in Reinstedt.)

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen. 8 Knoblauch, 10 (A) Bauke, 11¾ (K) Kirche Fritze, 11¾ Reformgym. Knoblauch, 10½ Klinik Knoblauch. Donnerstag, 1. Juli, abends 8½, Wochenand. Sophienstr. 6 Koepp.

Ulrich. 8 Wagner r, 10 (A) Thiede.

Ulrich (Ost). 10 Bethsaal Krondorferstr. 6 Wagner.

Moritz. 8 Keller, 10 Wagner, 11½ (K) Keller. Hospital 10 Keller.

Dom kirche. (Ref. Gem.) 10 Lang, 11¾ (K) Baumann, 8¼ akad. Gottesd. Exer. 6 Josephson. — Jug.-V. Sonnt. 7½, Mittw. 8. — Jungfr.-V. ält. Abt. Dienst. 8, jüng. Abt. Mont. 8, Bibel- u. Sch. V. 8, Kirchenchor Donnerst. 8.

Laurentius. 8 Wagner, 10 (A) Förster, 11½ (K) Wagner. Dienst. 8 (B) Gem.-Hs. Wagner.

Stephanus. 8 Meindorf. 10 Harnisch, 11½ (K). Donnerst. 8 Zeitand. Gem.-Hs. Albrechtstr. 27 Meinhof. Freit. 8 Mitterabend Gem.-Hs. Albrechtstr. 27 Frau Hagemeyer.

Diakonissenhaus. 10 Knak.

Paulus. 8 Bach, 10 v. Broecker, 11½ (K) Teege, 2 (K) v. Broecker. Mittw. 8 Gemeinschaftsst. Wallis.

St. Georgen. 8 Gisecke, 10 Vahldieck. Mittw. (B) Hellmann.

Niederkirchstift. 10 Gisecke.

Johannes. 8 Baentsch, 10 Tischer, 11½ (K) Tischer, 12¾ (K) Baentsch, 2 (K) Fahrner.

Stadtmission. Nachm. 3½ Gemeinschaftstag versch. Redner, abends 8¼ Evangelisation Winterberg. Dienst. 8¼ Gemeinschaftsst.

Giebichenstein. St. Bartholomäus. 8 Mind, 10 Scholl (Gastpredigt), 11¾ (K) Mind. Freitag 8 Bibl. Besnr. Pestalozzistraße 4 Mind.

Petrusriche. 8 Scholl (Hauptredigt), 11½ (K) Kunik.

Trotha. 10 Jenrich, 11¼ (K) Jenrich. Donnerst. 8 (B) Jenrich.

Diemitz. 9½ Petzold, 10½ (K) Petzold.

Passendorf. 10½.

Christliche Gemeinschaft (Margaretenstr. 5). 11½ (K), 8¼ Evangelisation. Donnerst. 8¼ (B).

Evang. luth. Gemeinde (Weidenplan 4). Vorm. 10 Gottesdienst.

Provinzial-Nachrichten.

Immenrode, 25. Juni. (Billige Kirschen.) Unsere Gemeinde hat die Pacht der Kirschbäume selbst übernommen und wird Kirschen nur an Gemeindemitglieder abgeben, denen sie etwa auf 40 Pf. das Pfund zu stehen kommen werden.

⊕ **Weimar**, 25. Juni. (Eine Erklärung der thüringischen Zeitungen zur Papiernot.) 61 Zeitungen Thüringens wenden sich in einer öffentlichen Erklärung gegen den ablehnenden Standpunkt der Regierungen bezüglich der Freigabe von Papierholz aus den staatlichen Forsten. Bisher haben in Thüringen nur die Regierungen von Meiningen und Schwarzburg-Sondershausen ihre Bereitwilligkeit zur Freigabe von Papierholz aus staatlichen Forsten erklärt. In dem Aufruf wird an die Abgeordneten aller Parteien das Ersuchen gerichtet, sich dieser Angelegenheit anzunehmen und sie in den Parlamenten zu vertreten. Daß Thüringen die Papiernot wesentlich mildern kann, ist ohne Zweifel, da es das an Forsten und Domänen reichste Land Deutschlands ist.

Weimar, 25. Juni. (Antrag auf Verstaatlichung der Bachsteinschen Bahnen.) In der gestrigen Sitzung des Landtages gab der Staatsminister Baudert bekannt, daß die Thüringer Staaten, in Verfolgung der durch den wiederholten Streik auf den Bachsteinschen Bahnen angerichteten Schäden, bei der Reichsregierung den Antrag auf möglichst baldige Verreichlichung sämtlicher Bachsteinschen Bahnen gestellt haben.

Magdeburg, 25. Juni. (Eine erheiternde Mystifikation) hat sich die hohe Uebermachungskommission der Entwaffnung Deutschlands in Berlin gefallen lassen müssen. Irgend jemand hatte ihr den Bären aufgebunden, daß sich hinter dem Betriebe der bekannten Annoncenexpedition Haasenstein & Vogler in Magdeburg in Wirklichkeit eine Granatenfabrik verberge, in der ununterbrochen Tag und Nacht die schwersten Kaliber hergestellt würden. Unglaublich, aber wahr! Die französische Militärkommission witterte Unheil und entsandte schleunigst am Montag per Auto einen Oberst hierher, der, begleitet von einem deutschen Offizier, dem gefährlichen Treiben ein Ende machen sollte. Man kann sich die gegenseitige Ueberraschung denken, als die Offiziere den Zweck ihrer Reise enthüllten, um sich davon zu überzeugen, daß die Aktiengesellschaft H. & V. nur absolut unkriegerische Geschäfte betreibt.

Gera, 25. Juni. (Ein zeitgemäßes Kabarett.) Nach 35jähriger aufopferungsvoller Tätigkeit trat die Oberschwester E. Schmieder vom jüdischen Krankenhause in den Ruhestand. Der Gemeinderat stiftete ihr eine Ehrengabe von 2000 Mark und bewilligte ihr ein jährliches Ruhegehalt von 600 Mk.

Sport der „Saale-Zeitung".

Turn- und Sportfest der Volks- und Mittelschulen.

Die Mittel- und Volksschulen der Stadt Halle veranstalten am 12. September auf der „Peißnitz" mit ihren Konfirmandenklassen ein allgemeines Turn-, Spiel- und Sportfest. Dieses soll dazu mithelfen, die durch die Entbehrungen des Krieges untergrabene Gesundheit der Jugend wieder zu heben und zu festigen. Es soll aber auch dazu beitragen, Freude an einem vernünftig betriebenen Turn- und Sportbetrieb bei der Jugend zu erwecken, damit diese sich auch nach der Schulzeit mehr als bisher den Leibesübungen in irgendeiner Form widmen, um die Schäden an der Gesundheit, die durch den modernen Wirtschaftsbetrieb der Großstadt unvermeidlich geworden sind, durch möglichst ausgedehnten Aufenthalt in Luft und Licht wieder auszugleichen. Da die Gesundheit unser größtes Gut ist, ergeht an alle Eltern, namentlich aber an die Elternbeiräte, an dieser Stelle die dringende Bitte, die Schule bei ihrem Bestreben, durch Leibesübung an der Hebung der Volksgesundheit mitzuarbeiten, zu unterstützen.

Rennen zu Hamburg-Horn.

Eintracht-Rennen (20 000 Mk., 1800 Meter): 1. Orne (Zimmermann), 2. Orla (Olejnik), 3. Luftfahrt (Schläfke). Tot.: Sieg 14, Platz 11, 16, 35 : 10. Ferner liefen: Palme, Mittelstraße, Rosimaria, Landraite, Rote Rose.

Pokal vom Jahre 1913 (30 000 Mk., 1000 Meter): 1. Magier (Janeck), 2. Wellenbrecher (Lewicki), 3. Artige (Danek). Tot.: Sieg 16, Platz 12, 15 : 10. Ferner liefen: Narew, Romanze, Wachtel.

Elbecker Ausgleich (20 000 Mk., 1600 Meter): 1. Eberesche (Olejnik), 2. Sperber (Hellbrandt), 3. Givet (Preißler). Tot.: Sieg 132, Platz 28, 13, 44 : 10. Ferner liefen: Rock, Das Puppenchen, Cherusker III, Ferne, Seebrügge, Sybill, Morell, Csardasfürstin, Hamani, Moritz.

Borgfelder Rennen (16 000 Mk., 1400 Meter): 1. Eifelturm (Mundt), 2. Der Schiefer (Rostenberger), 3. Jahn (Hellebrandt). Tot.: Sieg 16, Platz 12, 14 : 10. Ferner liefen: Tulpe, Sankt Lisko, Griechin.

Ecoit-Ausgleich (28 000 Mk., 1400 Meter): 1. Herzliebste (Brown), 2. Pandur (Bleuler), 3. totes Rennen Antilope (O. Schmidt) und Enver (Korb). Tot.: Sieg 43, Platz 18, 27, 45, 14 : 10. Ferner liefen: Armenier, Asra, Meinhard, Blindgänger, Rosenbusch, Schweizermühle, Aar, Goldstrom, Döberitz, Machthaber, Somlo.

Renard-Rennen (30 000 Mk., 2800 Meter): 1. Persicus (Kalrer), 2. Lorbeer (O. Schmidt), 3. Mackerbart (Schläfke). Tot.: Sieg 59, Platz 16, 11 : 10. Ferner liefen: Abschluß, Floretl.

Goldensteen-Erinnerungsrennen (14 000 Mk., 1800 Meter): 1. Tüchtig (Purcold), 2. Vulkan (Rittm. Braune), 3. Glanz (Frhr. v. Berchem). Tot.: Sieg 13, Platz 10, 13 : 10. Ferner liefen: Possenreißer, Perseus, Talisman.

Vermischtes.

Neu-Berlin die größte Stadt der Welt.

Die aus 8 Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken gebildete Einheitsgemeinde Berlin sollte nach dem Regierungsentwurf eine Fläche von 756 Quadratkilometern bedecken. Nachdem durch die Preuß. Landesversammlung im Osten und Westen noch mehrere umfangreiche Gebiete mit den Dauerwäldern des Zweckverbandes einbezogen worden sind, ist das Gebiet der Einheitsgemeinde auf nicht weniger als 877,66 Quadratkilometer angewachsen. Damit ist die Reichshauptstadt noch größer als Groß-Newyork mit seinen 840 Quadratkilometern und übertrifft bei weitem die Verwaltungsbezirke London mit 303, Wien mit 275 und Paris mit 480 Quadratkilometern.

Die M.-G.-K. „Libau" freigesprochen.

Münster, 23. Juni. Das Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 7 verhandelte im Heimkehrlager Rennbahn hier gegen die dort untergebrachten wegen Meuterei angeklagten Unteroffiziere und Mannschaften der Maschinengewehrkompagnie Libau. Als Angeklagte erschienen 12 Unteroffiziere und 20 Mannschaften; gegen 67 Angeklagte war das Verfahren schon bei der Voruntersuchung wegen Minderjährigkeit eingestellt worden. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, sich am 4. Juni in Katrop, Meckinsen und Soest der gemeinschaftlichen Gehorsamsverweigerung in fortgesetzter Handlung schuldig gemacht zu haben. Die Vorgänge führten bekanntlich zu der gewaltsam durchgeführten Entwaffnung der Maschinengewehrkompagnie Libau, wobei es auf seiten des 13. Regiments zu einem Verluste an Toten und Verwundeten kam. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen; in der Urteilsbegründung heißt es, die Angeklagten hätten keinerlei strafbare Handlungen begangen und die Vorgänge hätten vermieden werden können, wenn die Vorgesetzten anders gehandelt hätten. Diese Vorfälle selbst standen nicht zur Beurteilung, da der Vertreter der Anklage Notwehr annahm und deshalb in diesem Punkte die Anklage fallengelassen hatte.

Gegen das Urteil wird von der Anklagebehörde Berufung eingelegt werden.

Der neueste Streikgrund: Fleiß!

In einer Münchener Fabrik der Lebensmittelbranche traten 66 Arbeiterinnen und 12 Arbeiter in den Streik, um die Entlassung einer Arbeiterin zu erzwingen, die in letzter Zeit im Akkordsystem mehr geleistet hatte als ihre Arbeitskolleginnen. Die Fabrikleitung erklärte sich bereit, der betreffenden Arbeiterin 14 Tage Strafurlaub zu geben. Trotzdem verharrten die Arbeiterinnen weiter im Streik. Nun verkündete die Fabrikleitung, daß die Arbeiterinnen, die am Dienstag nachmittag die Arbeit nicht aufgenommen haben, entlassen seien. Darauf haben die Arbeiterinnen die Arbeit wieder aufgenommen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Zur Frage der Herabsetzung des Heeresbestandes.

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber eine neue Ministerkrise noch vor Beendigung der alten wurde heute in politischen Kreisen erzählt. Man sprach davon, daß Reichswehrminister Dr. Geßler infolge der Unnachgiebigkeit der Entente, den Bestand der Reichswehr auf 200 000 Mann zu belassen, die Verantwortung, die ihm sein Amt für die Ruhe und Sicherheit des Reiches auferlegt, nicht tragen könne und zurücktreten werde. Diese Gerüchte enthalten insofern ein Körnchen Wahrheit, als Dr. Geßler mit einem Bestand von 100 000 Mann nicht auskommen zu können glaubt und seinen ganzen Einfluß im Kabinett anbieten wird, die Ententeforderung abzulehnen. Er hofft, daß angesichts der Lage in Deutschland jedem klar liegt der sehen will, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. In diesem Sinne wäre es also verfrüht, von einem Rücktritt Dr. Geßlers zu sprechen. Ebensowenig kann selbstverständlich das Gegenteil behauptet werden. Alles wird von der Entwicklung abhängen, die diese Angelegenheit erfährt.

WTB. Berlin, 25. Juni. Wie die „Voss. Zeitung" meldet, hat der Reichswehrminister Geßler infolge der neuen Ententenote über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 heute vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine Demission angeboten. Wie dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, steht Minister Geßler die durch die neuen Entente-Noten geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Von einem Rücktrittsgesuch ist jedoch amtlich nichts bekannt.

Ein Antrag des U. S. P. auf Auflösung der preußischen Landesversammlung.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der preußischen Landesversammlung hat, wie wir erfahren, folgenden Antrag eingereicht: Die Verfassung gebende preußische Landesversammlung wolle beschließen: 1. sich für aufgelöst zu erklären und 2. die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Neuwahlen auszuschreiben.

Streik der Danziger Hafenarbeiter.

N. Danzig, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Die gesamten Danziger Hafenarbeiter sind heute früh in den Streik getreten, so daß alle Lösch- und Ladearbeiten ruhen. Der Grund ist in einem Zusammenstoß eines Beamten der Sicherheitspolizei mit einem Hafenarbeiter zu suchen, den er bei einem Diebstahl ertappt hatte. Die Hafenarbeiter fordern die Zurückziehung der Sicherheitspolizei aus dem Hafengebiet, was der Polizeipräsident ablehnte, da die Diebstähle im Hafen überhand nehmen und viele Lebensmitteldampfer dort zum Löschen bereit liegen.

Aufhebung der Fleisch-Zwangswirtschaft in Danzig.

N. Danzig, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Das Wirtschaftsamt für die zukünftige Freistadt Danzig erklärt, daß sich die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches nicht mehr aufrecht erhalten läßt. Infolgedessen wird vom 1. Juli ab der Handel mit Schweinen, Schafen und Kälbern freigegeben. Nur Rinder unterliegen noch der Zwangsbewirtschaftung. Das unerlaubte Schlachten von Rindern soll künftig nur mit Gefängnis bestraft werden.

Gegen den Steuer-Lohnabzug.

N. Braunschweig, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Gegen den zehnprozentigen Lohnabzug protestierten heute Massenversammlungen der Unabhängigen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, diese Bestimmung des Steuergesetzes aufzuheben und einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine staffelförmige Steuer nach dem Jahreseinkommen vorsieht.

Beilegung des Streiks in der sächsischen Ziegelindustrie.

N. Dresden, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der drohende Streik in der sächsischen Ziegelindustrie scheint noch einmal gütlich beigelegt werden zu können. Es tagte unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters eine Konferenz der beteiligten Kreise, wobei beschlossen wurde, zuerst die zuständigen Stellen anzurufen. Ebenso wird die Arbeitsgemeinschaft vom Kartellvorstand der Stein- und Erdarbeiter einberufen werden, um zunächst in der Lohnfrage eine Entscheidung herbeizuführen.

Der Streik in Essen.

WTB. Essen, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der Ausstand der städtischen Arbeiter ist beendet. Die Arbeit wurde allenthalben wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben die im Ultimatum gestellten Forderungen fallen gelassen. Sie erhalten einen rückzahlbaren Vorschuß.

Die Konferenz von Spa am 5. Juli.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der englische Geschäftsträger hat dem Auswärtigen Amt offiziell mitgeteilt, daß die Konferenz von Spa auf den 5. Juli angesetzt worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200626012/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

A. Riebeckſche Montanwerke, A.-G. in Halle.

In dem Geſchäftsbericht für das abgeſchloſſene Jahr, deſſen Hauptziffern wir ſchon veröffentlicht haben, wird ausgeführt:

Wenn auch die Kohlenförderung von Monat zu Monat geſtiegen iſt, ſo daß die Tagesförderleiſtung, abgeſehen vom Monat März, allmählich dieſenige der Vorkriegszeit überſchritt, ſo iſt doch die Leiſtung ſie Mann und Schicht andauernd geſunken. Die unter dem Druck der allgemeinen Teuerung für alle zum Lebensunterhalt nötigen Gegenſtände vorgenommenen häufigen Erhöhungen der Löhne und Gehälter haben in Verbindung mit der ſtarken Vermehrung der Belegſchaft und der fortgeſetzten Steigerung der Preiſe für alle Betriebsmaterialien die Selbſtkoſten ganz gewaltig emporſchnellen laſſen. Wir haben es uns beſonders angelegen ſein laſſen, gleichzeitig mit den Lohnerhöhungen durch entſprechende Gehaltsaufbeſſerungen bei den Beamten deren ſchwierigen wirtſchaftlichen Verhältniſſen Rechnung zu tragen.

Infolge der Belegſchaftsvermehrung, die ſeit Beendigung des Krieges 37 v. H. betrug, wurde die ohnehin ſchon durch die geringe Baumöglichkeit während des Krieges geſteigerte Wohnungsnot immer fühlbarer. Die Geſellſchaft verſuchte dieſem Uebelſtand durch Errichtung von Wohnhäuſern, Baracken, durch Ausbau von Wohnungen uſw. zu begegnen. Insbeſondere aber wurden auf Grund der vom Bundesrat am 31. Oktober 1918 erlaſſenen Beſtimmungen unter Zubilleiſtung behördlicher Ueberteuerungszuſchüſſe in Verbindung mit den beſtehenden gemeinnützigen Siedlungsgeſellſchaften kleinere aus Einfamilienhäuſern beſtehende Siedlungen in Ammendorf, Teuchern und Hohenmölſen geſchaffen. Ferner ſollen auf Grund der neuen Beſtimmungen über Bergmannswohnſtätten im Laufe des Jahres 1920 für unſere Werksangehörigen etwa 200 Einfamilienhäuſer fertiggeſtellt werden.

Beim Vertrieb unſerer Kohlenerzeugniſſe hatten wir und namentlich unſere alten Abnehmer weiter ſchwer unter der Zwangsbewirtſchaftung zu leiden. An dieſen Verhältniſſen wird auch die im Berichtsjahre erfolgte Gründung des Mitteldeutſchen Braunkohlen-Syndikats nichts ändern, zu dem wir uns mit den anderen Werken Mitteldeutſchlands in Ausführung der Beſtimmungen des Kohlenwirtſchaftsgeſetzes zuſammengeſchloſſen haben. Das Syndikat hat ſeine Tätigkeit am 1. April d. J. aufgenommen.

Die Preiſe für unſere Kohlenerzeugniſſe haben eine gewaltige Steigerung erfahren. Dieſe hätte jedoch, falls nicht unſere chemiſchen Erzeugniſſe ebenfalls ſtark im Preiſe geſtiegen wären, zu einer angemeſſenen Gewinnausſchüttung nicht ausgereicht. Von den Erlöſen für die Kohlenerzeugniſſe müſſen wir faſt 30 v. H. für Kohlen- und Umſatzſteuer, Beitragung von Bergmannswohnſtätten und für allgemeine Lebensmittelbeſchaffung durch das Reich ſofort wieder abführen.

Die Zwangswirtſchaft für die Erzeugniſſe unſerer chemiſchen Abteilung iſt im Berichtsjahre im großen und ganzen aufgehoben worden. Auf Anregung des Reichswirtſchaftsminiſteriums ſind an ihre Stelle für Kerzen und Kerzenparaffin die Vereinigung Deutſcher Kerzenherſteller G. m. b. H. in Berlin und für rohes Montanwachs die Vereinigung der Deutſchen Montanwachsherſteller, die eine Montanwachsverteilungsſtelle in Halle a. d. S. errichtete, getreten. Beiden Organiſationen, denen neben der Abwicklung des Verkehrs mit der Regierung in allgemeinen wirtſchaftlichen und in Preisfragen in der Hauptſache die Regelung der Erzeugung und des Abſatzes genannter Erzeugniſſe obliegt, iſt unſere Geſellſchaft beigetreten.

Die Nachfrage nach den Erzeugniſſen der chemiſchen Abteilung war weit größer als die Herſtellung. Die glatte Ablieferung an die Kundſchaft wurde außer durch den Ausfall durch die Einſchränkung des Eiſenbahnverkehrs und die öftere Sperre ganzer Strecken beeinträchtigt.

Das Jahresergebnis geſtattet uns, der Generalverſammlung die Verteilung eines Gewinnanteiles von 12 v. H. vorzuſchlagen und damit an dem früher bei uns üblichen Satz zurückzukehren, der freilich bei der verminderten Kaufkraft des Geldes und der Kapitalertragsſteuer für unſere Aktionäre nicht im entfernteſten den gleichen Feldwert wie früher bedeutet.

Der Warenausgang betrug unter dem Einfluß der höheren Preiſe 14 072 914,43 Mark gegen 58 487 805,34 Mk. im Vorjahre und 54 586 222,40 Mk. im Jahre 1917/18. Bringt man die Dividende in Beziehung zu dem erzielten Umſatze, ſo beträgt ſie für das Berichtsjahr 2,42 v. H. im Vorjahre und gegen 7,83 v. H. im Geſchäftsjahre 1917/18.

Die Kohlenförderung betrug 5 181 923 (i. V. 5 019 382) To., die Teergewinnung 29 068 (i. V. 28 867) To.

Bei der Gewerkſchaft Rieſter betrug die Kohlenförderung 13 291 (i. V. 22 309) To., die Teergewinnung 2827 (i. V. 3115) Tonnen.

Für öffentliche Laſten wurden verausgabt: 1 834 781,91 Mark für Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Angeſtelltenverſicherung, 2 334 860,82 Mk. für Steuern, Gemeinde- und Kreisabgaben, zuſammen 4 169 642,73 Mk., d. i. 106,55 v. H. des Reingewinnes. An freiwilligen Unterſtützungen wurden 267 138,22 Mark gezahlt.

Einſchließlich des Gewinnvortrages von 320 925,57 Mk. ergibt ſich ein Betriebsüberſchuß von 16 289 031,88 Mk. Davon ſind in kürzeſter für Steuern, Gehälter der Beamten der Hauptverwaltung, Verſicherungsgebühren, allgemeine Geſchäftsunkoſten uſw. 9 089 992,12 Mk., für Zinſen 343 883,33 Mk., für Abſchreibungen 6 600 976,14 Mk.

Der Ueberſchuß von 4 224 180,29 Mk. ſoll folgende Verwendung finden: für den außerordentlichen Reſervefonds 5 Proz. von 3 913 254,72 Mk. = 195 662,75 Mk., 5 Proz. gewinnanteilfreie Dividende von eingezahlten 2 500 000 Mark Vorzugsaktienkapital 125 000 Mk., 4 Proz. von 28 500 000 Mark Stammkapital als gewinnanteilfreie Dividende 1 140 000 Mk., Gewinnanteil des Aufſichtsrate 120 000 Mk., 8 Proz. von 28 500 000 Mark Stammkapital als Reſtdividende 2 280 000 Mk. Den verbleibenden Reſt von 373 517,54 Mk. beantragen wir auf neue Rechnung vorzutragen.

Ueber die einzelnen Betriebe iſt folgendes mitzuteilen:

Mit dem Neuaufſchluſſe des Tagebaues III der Grube Neue Sorge iſt begonnen worden. Auf der Grube Wilhelm wurde der Abbau, der während des Krieges eingeſtellt war, wieder aufgenommen. Die gewonnene Kohle wird durch eine neu hergeſtellte Verbindungsſtrecke nach der Grube Paul I gefördert. Grube Paul I iſt durch eine Strecke mit Grube Paul II verbunden worden, ſo daß die Drahtſeilbahn zwiſchen den beiden Gruben außer Betrieb geſetzt werden konnte. Zwiſchen der Grube von Loß und den während des Krieges eingeſtellten, jetzt aber wieder in Betrieb befindlichen Tiefbauen der Gruben Siegfried und Marie iſt ebenfalls eine Verbindungsſtrecke hergeſtellt worden. Die Förderung der Grube Siegfried wird teils der dortigen Naßpreſſe zugeführt, teils nach der Grube von Loß weitergeleitet, die auch die Förderung des Grubenfeldes von Marie erhält. Mit den Vorbereitungsarbeiten zur Eröffnung eines neuen Tagebaues auf Grube Walters-Hoffnung iſt begonnen worden.

Zur Vergrößerung der Briketteiterzeugung wurde die Brikettfabrik der Grube Ellen durch Aufſtellung einer Brikettpreſſe und eines Tellerofens erweitert. Ferner wurden auf Grube von Loß und auf Grube Walters-Hoffnung je eine neue Doppelpreſſe aufgeſtellt; auf Grube Naumburg wurde eine Mehrſtempelpreſſe und auf Grube Crednez zwei neue einfache Preſſen in Betrieb genommen.

Zur Unterbringung unſerer Beamten und Arbeiter ſind im Laufe des Geſchäftsjahres 86 Wohnungen hergeſtellt worden, teils durch Errichtung neuer Wohnhäuſer und Wohnbaracken, teils durch Umbau und Ausbau vorhandener Gebäude.

Unſere Fabriken Webau, Gerſtewitz, Reußen, Döllnitz und Oberröblingen am See verarbeiteten im vergangenen Betriebsjahre 358 210 Dztr. Teer, 233 Dztr. Stearin, 2320 Dztr. fremdes Rohparaffin. Es wurden hergeſtellt: Kerzen, Paraffin aller Art und Montanwachs 65 814 Dztr., Mineralöle aller Art 226 216 Dztr., andere Fabrikate 15 306 Dztr.

Mit Rückſicht darauf, daß die Inſtandhaltung der während des Krieges ſtark beanſpruchten betrieblichen Anlagen mit unverhältnismäßig hohen Koſten und mit oft nicht einwandfreiem Material vorgenommen werden mußten, ſowie ferner mit Rückſicht darauf, daß die nötigen Neubauten zu Preiſen, die deren Dauerwert um ein Mehrfaches überſteigen, hergeſtellt worden ſind, haben wir uns veranlaßt geſehen, erheblich höhere Abſchreibungen als im Vorjahre vorzunehmen.

Der Außerordentliche Reſervefonds beträgt nach der vorgeſehenen Ueberweiſung 2 865 286,15 Mk. Der Reſervefonds und der Spezialreſerve Kohle Reſervefonds machen zuſammen 23,20 v. H. des Aktienkapitals aus.

In der Bilanz ſtehen Schuldner mit 25 281 877 Mk. verzeichnet, Gläubiger mit 22 574 480 Mk.

Kritiſches über die Bergbaupolitik der ſächſiſchen Regierung.

Von einem Induſtriellen wird uns geſchrieben:

Seit mehr als 8 Jahren hat ſich die ſächſiſche Regierung mit anerkennenswertem Eifer bemüht, und zwar zunächſt unter Beachtung der damals beſtehenden Bergbaugeſetze, Braunkohlenfelder in der Bezirk jüdlich Leipzig in ihre Hände zu bringen. Es wurde im Laufe der Jahre ein anſehnlicher Komplex erworben. Als im Jahre 1916 infolge der Knappheit an Brennſtoffen und Oelen einige große Unternehmungen verſuchten, in dem gleichen Revier Kohlenfelder zu erwerben, um umfangreiche Betriebe ins Leben zu rufen, wurde zur Erleichterung der ſtaatlichen Pläne die Geſetzesmaſchine in Bewegung geſetzt und durch ein Sperrgeſetz, dem alsbald ein Regal folgte, der noch vorhandene Vorrat an Kohlenfeldern dem Eigentum des Staates zugeſprochen, ohne daß den bisherigen Eigentümern irgend eine Entſchädigung dafür gewährt wurde. Man ſollte nun meinen, der ſächſiſche Staat würde mit mindeſtens demſelben Eifer an die praktiſche Aufſchließung und Verwertung der Felder herangegangen ſein, wie es irgend ein Privatunternehmer getan hätte. Dies geſchah jedoch nicht. Erſt von 1918 an wurden Vorbereitungen getroffen und Einrichtungen beſtellt, aber bis zum erſten Spatenſtich iſt man auch heute noch nicht gekommen. Der ſächſiſche Staat hat ſich darauf beſchränkt, die Kohlenvorräte mit Beſchlag zu belegen, ohne irgend etwas für die Erhöhung der Produktion und für die Verſorgung der Kohlenverbraucher zu tun.

Nachdem nun die Vorwürfe über dieſe Vernachläſſigung immer heftiger werden, macht man es ſich ſehr einfach. Man legt die Hand an die Kurbel der heute gegen jeden Beſitz ſtets willfährigen Geſetzesmaſchine und bearbeitet nunmehr ſogar einen Entwurf zur Enteignung der noch betriebenen privaten Kohlenwerke. Damit hofft man den unruhig gewordenen Verbrauchern den Mund zu ſtopfen, denn nach der Verſtaatlichung ſämtlicher Kohlenwerke kann man dem Fiskus doch nicht mehr den Vorwurf machen, daß er nicht produziere. Man verfolgt offenbar traſſeſte partikulariſtiſche Intereſſen und verſucht, ſoviel Kohle und Strom als möglich von außerſächſiſchen Produktionsgebieten hereinzunehmen, um die eigenen Vorräte ſolange als irgend möglich aufzuſparen und alsdann auch anderen Bundesſtaaten gegenüber ein Monopol zu beſitzen. Auch auf dem Gebiete der Stromverſorgung iſt nicht das geſchehen, was geſchehen konnte und was unzweifelhaft ſchon in die Wirklichkeit umgeſetzt wäre, wenn man nicht durch geſetzgebriſche Maßnahmen den Unternehmungsgeiſt freier Kapitalbetätigung künſtlich ausgeſchaltet hätte. Sachſen iſt Kohlenzuſchußland, ſeine Induſtrie hungert nach Kohle und Strom. Leipzig hat vor kurzem einen Abſchluß auf 10 000 Kilowatt mit Bitterfelder Elektrizitätswerken getätigt. Dieſelbe wird eine beſondere Leitung gebaut und es wird der Strombezug nach Berlin, welches mit den Kraftwerken bereits durch eine Leitung verbunden iſt, vermindert.

Das Reich und die benachbarten Bundesſtaaten dürften dieſen Sonderbeſtrebungen von Sachſen wenig freundlich gegenüberſtehen, aber auch der ſächſiſche Steuerzahler hat ein hervorragendes Intereſſe an denſelben. Es liegt für jeden Volkswirtſchaftler und ſelbſt den kohlenverbrauchenden Laien auf der Hand, daß es im Intereſſe des Wirtſchaftslebens, welches in erſter Linie von der Kohlenerzeugung abhängt, viel richtiger wäre, wenn der ſächſiſche Fiskus die aus dem Verkauf der Eiſenbahn an das Reich bezogene Milliarde zur Produktionsſteigerung des ſächſiſchen Kohlenbergbaues nutzbar machte, anſtatt ſie im Erwerb bereits beſtehender Anlagen feſtzulegen. Dadurch würde insbeſondere erzielt werden, daß ein geſunder Wettbewerb zwiſchen den einzelnen Privatwerken auf der einen Seite und dem fiskaliſchen Betrieb auf der anderen Seite eintritt, der für die Steigerung der Produktion und ihre Verbilligung nur vorteilhaft ſein kann. Wenn nun alles verſtaatlicht, bleibt als großes Rätſel noch die Frage, wer denn eigentlich die erforderlichen Steuern aufbringen ſoll, um die Verluſte zu decken, welche die bisher ſozialiſierten Unternehmungen, d. h. die Staatsbetriebe im Bergbau, ferner die Eiſenbahn und die Poſt trotz außerordentlicher Erhöhung der Tarife auch heute noch aufweiſen.

Börſen-Stimmungsbild.

Berlin, 25. Juni. Das Zuſtandekommen des Kabinetts blieb ohne merkbaren Einfluß auf den Börſenverkehr. Das Gefühl der Unſicherheit herrſcht auch heute vor, ſo daß es zu einer einheitlichen Stimmung nicht kam. Die Rückſichten auf die bevorſtehenden Verhandlungen in Spa ſollen dazu beigetragen haben, die Unternehmungsluſt zu lähmen. Die Kursbewegung war wieder vorwiegend nach unten gerichtet, zumal auch bei Beginn die Diviſenkurſe gegen geſtern ſich etwas abſchwächten. Schiffahrtsaktien waren vorwiegend gedrückt. Argo gaben nach der geſtrigen bedeutenden Steigerung wieder 15 Prozent her. Am Montanmarkt betrugen die Rückgänge etwa 2 bis 6 Prozent. Phönix hüßte ſogar 15 Prozent ein. Feſt blieben aber Harpener und Rheiniſche Braunkohlen ſtellten ſich um 10 Prozent höher. Von Farbwerten gewannen Badiſche Anilin, Elberfelder Farben und Höchſter 3 bis 7 Prozent. Wie ſchon an den Vortagen trat wiederum ſehr lebhaftes Intereſſe für Petroleum zutage, von denen heute Deutſche Petroleum-Aktien im Vordergrunde ſtanden. Man wies auf die Beteiligung der Geſellſchaft an rumäniſchen Unternehmungen hin, um die ſich engliſche und franzöſiſche Intereſſenten bewerben. Bewertenswert iſt noch die Kurserhöhung für Zellſtoff Waldhof um 13 Prozent. Der Anlagemarkt war wie gewöhnlich vernachläſſigt und ſtill.

Produktenbericht.

Berlin, 25. Juni. Am Produktenmarkt übertraf für Hafer das Angebot die Nachfrage. Auch der Konſum zeigte wenig Neigung zu Käufen. In Hülſenfrüchten hat ſich die Geſchäftslage nicht gebeſſert, nur in Bitterlupinen waren teilweiſe etwas beſſere Preiſe als bisher zu erzielen. Heu war in alter Ware feſt und gefragt, in neuer Ware nur mäßig begehrt. Stroh hatte feſte Haltung in drahtgepreßter Ware. Wetter kühler.

Berlin, 25. Juni. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen 4340, loko ab Bahn —, ſofortige Abladung ab Abladeſtation ab Pommern 2200—2160, ab Schleſien 2140—2100. Tendenz ſchwach.

Metallnotierungen.

Berlin, 25. Juni. Preiſe für 1000 Kg. in Mark: Raffinade-Kupfer 1050—1075. Original-Hütten-Weich-Blei 425—450, Remelted Platten-Zink 525, Hütten-Rohzink 300—325, Orig.-Hütten-Aluminium 2300, Banca, Straits, Billiton-Zinn 4000, 99proz. Hütten-Zinn —, 99proz. Rein-Nickel 3600—3800, Antimon (Regulus) 700—750.

Elektrolytkupfer (Notierung d. Ver. f. dt. Elektr. Notiz): Mark 1605.

Devisenkurſe.

Berlin, 25. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berücksichtigung vom vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	1318,65	1321,35	1333,70	1336,30
Brüſſel-Antwerpen	319,65	320,35	322,15	322,75
Chriſtiania	629,35	630,65	639,35	640,65
Kopenhagen	611,95	613,75	619,35	620,65
Stockholm	809,15	810,85	816,75	818,35
Helſingfors	177,30	177,70	177,30	177,70
Italien	228,75	229,25	227,75	228,25
London	146,35	146,65	148,60	148,90
New York	36,90	37,50	37,40	37,50
Paris	307,70	308,80	308,20	308,80
Schweiz	674,30	675,70	679,30	68[illegible],70
Spanien	619,35	620,65	619,35	62[illegible],65
Wien (alte)	19,25	19,27	—	—
(Deutſch-Oeſt. abgeſt.)	26,22	26,28	26,22	26,28
Prag	86,15	86,35	87,65	87,85
Budapeſt	22,84	22,90	22,22	22,28
Bulgarien	—	—	—	—
Konſtantinopel	—	—	—	—

Kaligewerkſchaft Volkenroda. Der Jahresüberſchuß für das Jahr 1919 beträgt einſchließlich Vortrags 1,94 (0,8) Mill. Mk., nach Abſchreibungen von 770 000 (720 000) Mk., Rückſtellungen für Reparaturen von 200 000 Mk. und Ueberweiſung von 300 000 Mk. an den Baufonds verbleibt ein Vortrag von 636 000 (85 000) Mk.

Neue Beteiligungsziffern in der Kaliinduſtrie. Die Kaliprüfungsſtelle hat folgenden Kaliwerken Beteiligungsziffern gewährt: Vom 1. November 1919 an der Gewerkſchaft Herſa eine endgültige Beteiligungsziffer von 100 Proz., vom 1. Januar 1920 an der Gewerkſchaft Craja für ihr Kaliwerk Craja II eine vorläufige Beteiligungsziffer von 30 Proz., vom 1. März 1920 an der Gewerkſchaft Ransbach eine endgültige Beteiligungsziffer von 92 Proz. der durchſchnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke. Ferner wurde vom 1. Mai 1920 an für das Kaliwerk Hindenburg (Bergbaugeſellſchaft Germania) die Beteiligungsziffer in der bisherigen Höhe neu feſtgeſetzt, vom 1. Mai 1920 an die Beteiligungsziffer des Kaliwerks Hanſa-Silberberg I auf 105 Proz. der durchſchnittlichen Beteiligungsziffer neu feſtgeſetzt (der Zuſchlag von 10 Proz. für Schacht II kommt vom 1. 5. 1920 an in Fortfall), und vom 1. Juni 1920 an der Gewerkſchaft Hanſa-Silberberg für ihr Kaliwerk Hanſa-Silberberg II eine vorläufige Beteiligungsziffer in der Höhe von 31 Proz. erteilt.

Berliner Börse

vom 25. Juni 1920

(Telegramm.)

Deutſche Werte:		Chem. Grieſheim	287,50
4½ Disch. Schatzsch VI—IX	75,10	Chem. Heyden	291,50
5% Disch. Reichsanl.	79,75	Consolidation Schalk	60[illegible],00
4% „ „	73,40	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% „ „	65,20	Daimler Motoren	204,00
3% „ „	63,20	Deutſche Luxemburg	261,75
4% Preuß. Konſols	72,40	Deutſche Ueberſee-Elektr.	—
3½% „ „	61,10	Deutſche Erdöl	1000,00
3% „ „	56,40	Deutſche Gasglühl.	5[illegible],50,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	95,00	Deutſche Kali	405,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	96,75	Deutſche Waffen und Mun.	329,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl	—	Donnersmarckhütte	32[illegible],00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	99,80	Döring & Lehrmann	134,75
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	99,50	Dürrkoppwerk	418,00
4½% Deſs. Gas Oblig	103,00	Engelhardt-Brauerei	234,00
4% Deſſauer Gas Obl.	—	Elberfelder Farben	389,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleaume	81,25
4% Oesterr. Kronenrente	26,80	Gasmotoren Deutz	175,00
4% Unger. Goldrente	58,00	Gebhard & Co.	—
4% Unger. Kronenrente	29,75	Gebhard & König	217,00
Eiſenbahn-Aktien:		Gelſenkirchen Berg.	285,00
Halberſt.-Blankenb.	73,00	Glauziger Zuckerfbk	435,00
Halle-Hettſtedter	—	Halleſche Maſchfbk.	443,75
Schantungbahn	60,00	Hann Maſch.	321,00
Allg. Lokal-Str.	101,00	Harpener Berg	286,50
Gr. Berl. Str.	136,00	Haſper Eiſen	58[illegible],00
Magdeburger Str.-B.	145,00	Hirſch Kupfer	245,25
Prinz-Heinrich-B.	420,00	Höchſter Farbwerke	334,00
Orientbahn	—	Hoeſch Eiſen u. Stahl	309,50
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	162,00
Hambg. Paketfahrt	181,00	Humboldt Maſch.	158,50
Hambg. Südamerika	232,00	Ilſe Bergbau	324,00
Hanſa-Dampfſchiff.	315,00	Kahla Porzellan	371,00
Nordd. Lloyd	173,00	Kaliw. Aſchersleben	389,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt.	380,00
Bank f. Thür.	155,00	Kyffhäuserhütte	205,00
Berl. Handelsges.	211,00	Lahmeyer & Co.	105,25
Commerz-Diskontobank	168,50	Lauchhammer	274,00
Darmſtädter Bank	155,50	Laurahütte	188,00
Deſſauiſche Landesbank	—	Linke & Hofmann	200,00
Deutſche Bank	277,75	Ludwig Loewe & Co.	285,00
Diskonto-Comm.	206,75	Lothringer Hütte	246,50
Dresdner Bank	177,50	Mannesmannröhren	329,00
Leipzig. Credit-Anſt.	162,00	Maſch.-Fabr. Buckau	237,50
Mitteld. Kreditbank	146,00	Oberſchl. Eiſenb.-Bd.	168,50
Mitteld. Privatbank	169,50	do. Caro Hag.	239,75
Nationalbank	146,00	do. Kekswerke	411,00
Oesterr. Kredit	92,00	Orenſtein & Koppel	241,25
Reichsbank	148,84	Phönix Berg	381,50
		Rhein. Metall-Vorz.	270,00
		Rhein. Stahlwerken	307,50
		Riebeck. Montan	271,00
		Rombacher Hütten	241,50
		Roſitzer Braunk.	207,00
		Roſitzer Zucker	184,00
		Sangerhäuſer Maſch.	386,00
		Hugo Schneider A.-G.	240,25
		Schuckert & Co.	170,00
		Siemens & Halske	292,50
		Stettiner Cham.	268,00
		Stettiner Vulkan	206,25
		Stollberger Zinkh.	240,00
		Strals. Spielkarten	328,00
		Thale-Eiſenhütte	366,00
		Triptis Porzellan	210,25
		Türk Tabakregie	725,00
		Ver. Köln-Rottweiler	245,00
		Ver Glanzſtoff	896,00
		Wegelin & Hübner	180,75
		Werſchen-Weißenfelſer Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	578,00
		Wittener Gußſtahl	910,00
		Wrede Mälzerei	140,50
		Zeitzer Maſch.	480,00
		Zellſtoff Waldhof	295,00
		Olavi-Minen	717,00
Induſtrie-Aktien:			
Schultheiss-Brauerei	243,00		
Akt. f. Anilin	324,00		
Allgem Elektr. Ges.	264,50		
Ammendorfer Papierfabrik	550,00		
Anhalter Kohlenw.	200,00		
Annaberger Steingut	427,50		
Badiſche Anilin	427,00		
Bergmann Elekt.-Akt.	205,00		
Berl. Maſch.-Bau	217,00		
Bismarckhütte	448,50		
Bochumer Gußſtahl	236,75		
Cham.-Fabr. Buckau	350,50		

Tendenz: unregelmässig.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 25. Juni 1920.

Halleſche Zucker-Raffinerie	220,00
Leipziger Melzfabrik, Schkeuditz	123,00
Landwirtſch. Maſch. Zimmermann, Halle	147,50
Mansfelder Gewerkſchaft	260,00
Portland, Zementfabrik Halle	145,00
Prehlitzer Braunkohlen	1500,00
Priorit.	110,00
„	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Guſtav Jacob-Margel; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermiſchtes, Sport uſw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200626012/fragment/page=0004